

## Gemeinsame Erklärung von Kommunisten (PCF) und Sozialisten (PS)

### (Wortlaut)

Die vor der Entscheidung von Präsident Jacques Chirac, die Nationalversammlung aufzulösen, vereinbarte Begegnung zwischen Sozialistischer und Kommunistischer Partei nimmt 27 Tage vor dem ersten Wahlgang zum Parlament eine neue Dimension an.

Die Entscheidung des Präsidenten, die 1993 gewählte Nationalversammlung vor Ende der Legislaturperiode aufzulösen, stellt ein beispielloses politisches Manöver dar.

Zu einer Zeit, in der die Rechte im Land über alle Macht und im Parlament seit vier Jahren über eine erdrückende Mehrheit verfügt, die allen Regierungsvorlagen ohne Widerrede zustimmt, werden die überraschten Französinnen und Franzosen nach einem sehr kurzen Wahlkampf die Verantwortung dafür tragen, ein neues Parlament für die nächsten fünf Jahre zu wählen.

Nichts zwang zu dieser Eile. Weder die Bewältigung einer politischen Krise. Noch die Überwindung einer nationalen Tragödie. Es handelt sich um eine willkürliche Maßnahme der Machthaber, die, zum ersten Mal in der Geschichte der Fünften Republik, ihr Vorrecht nur zu dem Grund nutzen, ihre kurzfristigen Interessen zu befördern. Diese hastige Auflösung dient nicht der Sache des Landes, sondern ist ein Zeichen der Schwäche einer Regierung, die um eine Blankovollmacht nachsucht, auf die Franzosen einzuschlagen.

Die Rechte, und allen voran der gegenwärtige Premierminister Alain Juppé, wollen unbedingt das Volk durch eine Wahl an sich binden, bevor sie ihm einen Sparplan aufzwingen, der zum vorgesehenen Wahltermin 1998 nicht zu verteidigen wäre, und ihm eine Robkur verordnen, die zu drastischen zusätzlichen Einschnitten in die öffentlichen und sozialen Haushalte führen würde. Die Rechte möchte hierzu freie Hand haben, und Alain Juppé hofft, in der Eile und dem Durcheinander das Kap der Wahlen zu umschiffen, statt sie noch vor sich zu haben.

Indem sie einen derart kurzen Wahlkampf organisiert, zeigt die Rechte erneut, daß sie sich weigert, dem Drängen auf eine moderne Demokratie nachzugeben. Das überrascht uns nicht. In den letzten vier Jahren haben Alain Juppé und seine Freunde durch ihre Methoden und die Brutalität ihrer Praxis ihre Unfähigkeit vorgeführt, mit den Franzosen in einen Dialog zu treten. Einmal mehr geben sie dem „Coup“ den Vorzug vor der öffentlichen Auseinandersetzung.

Laßt uns gemeinsam das Kalkül der Rechten durchkreuzen. Machen wir aus dieser taktischen Auflösung, die von den Verteidigungsinteressen eines von zahlreichen Affären bedrohten Clans und vom Willen, einen neuen Schritt in Richtung Ultraliberalismus zu unternehmen, motiviert ist, einen Akt wahrer Demokratie.

Seit vier Jahren regiert die Rechte nun mit einer erdrückenden Parlamentsmehrheit. Seit der Präsidentschaftswahl 1995 hat sie alle Macht. Was ist aus den Versprechen des Kandidaten Chirac geworden? Was ist aus dem Kampf gegen die *fracture sociale* geworden? Es verwundert nicht, daß eine aus der Lüge geborene Regierung so heftig umstritten ist. Die Bilanz ist für unser Volk und für Frankreich verheerend.

Die Zahl der Entlassungen nimmt zu, die Rationalisierungswellen schwächen das soziale Gefüge, und die Arbeitslosigkeit verschlimmert sich. Die Nachfrage ist wie gelähmt, Wachstum will sich nicht einstellen, die Kaufkraft stagniert, wenn sie nicht gar zurückgeht. Die Armut wächst, die Sozialversicherung ist bedroht und die Steuern steigen unaufhaltsam. Die Ungleichheit wird größer, Fortschritt ist nicht in Sicht, die Zukunft scheint ohne Sinn.

Ewig heißt es, den Gürtel enger schnallen, ewig mehr Arbeitslosigkeit, mehr Not, größere Ungleichheiten, Marginalisierung von Bevölkerungsteilen. Das soziale Netz und der öffentliche Dienst werden in Frage gestellt. Man weigert sich, die Proteste und die Forderungen der Öffentlichkeit wahrzunehmen. Die Gesellschaft wird unmenschlicher. Und es ist Frankreich selbst, das in seinen Errungenschaften, seinen Stärken und seiner Autorität angegriffen wird. Zur Bilanz gehören aber auch die wachsende Unzufriedenheit und die aufeinanderfolgenden sozialen Protestbewegungen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen. Der Ultraliberalismus wird zunehmend angefochten. Nach der Zukunft unserer Gesellschaft wird immer häufiger gefragt. Die Forderung nach Bürgerrechten und dem Respekt vor den Werten der Solidarität gewinnt an Kraft.

Unser Land durchlebt eine beispiellose Vertrauenskrise.

Alain Juppés Ziel ist klar: „Morgen eine neue Etappe bewältigen“, um fünf weitere Jahre auf die Franzosen einzuschlagen. Das ist die Perspektive, die die Rechte zu bieten hat.

Was wollen wir? Vereint dieser unterträglichen Politik die Stirn bieten, ein Frankreich aufbauen, das nicht verarmt, sondern solidarisch ist, den Erwartungen einer wachsenden Anzahl Französinen und Franzosen entgegenkommen, die von der liberalen Globalisierung und ihrem Troß an Deregulierung, von den erratischen Kapitalbewegungen sowie von den Wolken, die über unserem sozialen Netz aufziehen, beunruhigt sind.

Wir machen es uns zur Aufgabe, alles uns mögliche zu tun, um der Hoffnung auf Wechsel Substanz zu verleihen.

Wir betrachten es als unsere Verantwortung, alles zu unternehmen, damit die Kräfte der Linken und des Fortschritts sowie die Umweltbewegung gemeinsam eine neue Perspektive eröffnen: Die einer anderen Politik, die dem Streben der Franzosen entgegenkommt.

Unsere Meinungsverschiedenheiten sind allgemein bekannt. Jede unserer Gruppierungen stellt sich der freien, gleichen und geheimen Wahl mit ihrer eigenen Identität und ihrem eigenen Programm. Zugleich ist uns unsere Verantwortung gegenüber den zahlreichen Männern und Frauen bewußt, die den dauerhaften Erfolg der Linken wünschen. Deshalb haben wir in offener, konstruktiver Zusammenarbeit die Antworten auf die großen Zukunftsfragen gesucht, die die Linke morgen geben muß.

Gemeinsam verweigern wir uns dem Aufruf an unser Volk, neue Opfer zu erbringen.

In Frankreich herrscht Notstand. Mangels ausreichenden Wachstums der Kaufkraft, die von einer regelrechten fiskalischen Knebelung erstickt wird, und in Anbetracht der Not, die auf Millionen Franzosen lastet, ist die Nachfrage der Konsumenten fast erloschen. Mangels Nachfrage stagnieren die industriellen Investitionen. Mangels öffentlicher Investitionen setzt sich die Zerrüttung des sozialen und wirtschaftlichen Gefüges fort.

Wir halten den sofortigen Übergang zu einer Politik des sozialen Fortschritts, die auf der Ankurbelung der Kaufkraft, des Verbrauchs und der Beschäftigung beruht, für notwendig. Das bedeutet Maßnahmen und öffentliche Schritte in Richtung einer deutlichen Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für mehr Beschäftigung ist absolut prioritär.

•

Die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen ist nicht nur eine politische Pflicht: es ist die Voraussetzung für das Überleben unserer Demokratie. Neben der Ankurbelung des Verbrauchs halten wir es für notwendig, eine zusammenhängende Politik zur Schaffung von Arbeitsplätzen, darunter 700 000 Arbeitsplätze für Jugendliche, in Angriff zu nehmen.

Wir schlagen vor, zu Beginn der Legislaturperiode nach Beratung mit den Tarifparteien ein Rahmengesetz zu verabschieden, das die monatliche Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auf 35 Stunden senkt.

Wir wollen eine Steuerreform, die das Geld in die Beschäftigung, die Produktion und die Dienstleistungen, die Forschung, die Bildung und Ausbildung lenkt sowie dem Staat und den öffentlichen Händen die Mittel gibt, Arbeitsplätze zu schaffen, die der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung dienen. In diesem Sinne soll eine Kreditreform dazu beitragen, die finanzielle Belastung des Faktors Arbeit insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen zu verringern.

Zu einem Zeitpunkt, an dem zahlreiche Jugendliche über mangelhaft abgesicherte Stationen ins Berufsleben eintreten, halten wir eine Politik für notwendig, die Maßnahmen zur Eingliederung der Jugendlichen in den Arbeitsmarkt ergreift, insbesondere durch Zugang zu qualifizierender Ausbildung und einem sicheren Arbeitsplatz, um das Gefühl der Unsicherheit zu bekämpfen.

Wir bekräftigen unsere Entschiedenheit, den öffentlichen Dienst zu verteidigen und ihn – erneuert und demokratisiert – zu fördern. Die Rechte betreibt seinen Ausverkauf. Sie privatisiert und dereguliert. Wir verpflichten uns, einer anderen Orientierung Geltung zu verschaffen. So schlagen wir zum Beispiel für France Télécom, Thomson und Air France den Stop der Privatisierung vor.

•

Der Kampf für mehr Beschäftigung und sozialen Fortschritt ist untrennbar mit dem Kampf für Freiheitsrechte und Demokratie verbunden.

Frankreichs gegenwärtiges Unbehagen läßt sich weitgehend aus dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Marginalisierung immer größerer Bevölkerungsteile und der Zunahme von Ängsten erklären, die der Front National ausbeutet. Unter den Franzosen verstärkt dieses Unbehagen das Gefühl, hilflos Schicksalsschlägen ausgesetzt zu sein, und trägt zum Desinteresse einer wachsenden Anzahl gegenüber öffentlichen Angelegenheiten bei.

Der Resignation setzen wir unseren festen Willen entgegen, der demokratischen Hoffnung wieder Sinn zu geben.

Seit 1993 hat die Rechte den Staat zu ihrem alleinigen Nutzen besetzt: Erneute Machtübernahme in den Medien; eine Justiz, die man daran hindert, Licht in Angelegenheiten zu bringen, die unmittelbar mehrere Mitglieder der jetzigen Regierung und wichtige Persönlichkeiten der jetzigen Parlamentsmehrheit betreffen; Verabschiedung von Gesetzen, die den Status von Personen ausländischer Herkunft unsicherer gestalten; Ausverkauf nationaler Unternehmen an „Freunde“ der Machthaber auf Kosten der Beschäftigten.

Gemeinsam wollen wir die Republik modernisieren und so Frankreichs Demokratie zur Bewältigung einer neuen Etappe verhelfen.

Wir plädieren für eine Neuverteilung der Macht zugunsten des Parlaments und der Stärkung seiner Kontrollfunktion sowie für eine Klärung der Beziehungen zwischen dem Staat und den Gebietskörperschaften, bei der sich jeder in seiner Zuständigkeit um die volle Erfüllung der Erwartungen der Franzosen zu bemühen hat.

Wir streiten auch für eine Erweiterung der unmittelbaren Beteiligung der Bürger an der Ausübung öffentlicher Funktionen durch eine Begrenzung der Ämterhäufung und Amtszeiten sowie durch eine stärkere Vertretung der Frauen im öffentlichen Leben mit Richtung Parität.

\*

Wir sind gewillt, den Arbeitnehmern der Erwerb neuer Rechte zu erleichtern: Recht auf freie Meinungsäußerung, Recht auf Information über die Entscheidungen des Unternehmens und die Möglichkeit, auf diese Einfluß zu nehmen, insbesondere wenn sie die Beschäftigung betreffen; die menschliche Würde zu schützen und den gleichen Zugang zu allen sozialen Rechten zu gewährleisten: Arbeit, Wohnung, Gesundheit, soziale Sicherung...

Wir halten es für notwendig, die [nach den Ministern Pasqua und Debré benannten] Gesetze durch eine wirkliche Einwanderungspolitik zu ersetzen, dem *ius soli* wieder Geltung zu verschaffen und das Asylrecht zu gewährleisten. Wir messen der Unabhängigkeit der Justiz hohe Bedeutung zu und denken, daß die heutige Verbindung zwischen Justizministerium und Staatsanwaltschaft überdacht werden muß.

Im Herzen unseres Projekts stehen die Demokratisierung der Gesellschaft und die Ausweitung der Freiheitsrechte. Diese werden heute von zunehmenden fundamentalistischen und nationalistischen Strömungen sowie von den demagogischen, fremdenfeindlichen, antisemitischen und rassistischen Thesen der extremen Rechten bedroht. Laßt uns gemeinsam mit den anderen Kräften der Linken, der Umweltbewegung und darüber hinaus mit allen Französischen und Franzosen, denen die Freiheitsrechte das höchste Gut sind, den Front National zum Scheitern bringen.

Die jeweiligen Standpunkte von sozialistischer und kommunistischer Partei zu Europa sind ebenso wohlbekannt wie deren Entwicklung.

Mit all jenen, die die gegenwärtigen Dogmen des Ultraliberalismus bekämpfen und zugleich der Meinung sind, daß ein Rückzug ins Nationale nicht nur keine Lösung darstellt, sondern daß Frankreich sich der Globalisierung und den Herausforderungen der heutigen Welt mit seinen europäischen Partnern stellen kann und muß; mit all jenen, die sich weigern, die Nation und ihre Souveränität der europäischen Einigung zu opfern, verweigern wir uns dem Europa der Liberalen, dem Europa der Herrschaft des Geldes und der Unterwerfung unter die Finanzmärkte.

Wir glauben, daß Europa über das Maastricht-Abkommen hinaus – zu dem wir beim Referendum von 1992 verschiedene Einstellungen hatten – ein neuer Sinn gegeben werden muß.

Wird in Frankreich einer linken Wirtschafts- und Sozialpolitik, Wachstum und Beschäftigung mehr Gewicht verschafft, so daß die die Grundlage für eine die Sozialgesetzgebung von oben angleichende europäische Sozialpolitik entsteht, und organisiert Frankreich hierzu auf politischer Ebene die Teilung der Verantwortung, so können wir einen anderen Weg einschlagen.

Wir sind davon überzeugt, daß Europa ein zivilisatorisches Modell zu bekräftigen hat: politische Demokratie, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Solidarität, kulturelle Vielfalt.

Wir glauben, daß Frankreich seinen europäischen Partnern einen Diskussionsprozeß vorschlagen muß, getragen vom Willen zur europäischen Einigung und ihrer Neuausrichtung auf ein soziales, fortschrittliches, friedliches und sicheres Europa.

\*

Gemeinsam rufen wir die Französinen und Franzosen dazu auf, ihre Ablehnung des von der Rechten und ihrem gegenwärtigen Premierminister geplanten verschärften Sparkurses zum Ausdruck zu bringen.

Wir wollen all jenen, die ihren Blick und ihre Hoffnung auf die Linke richten, mitteilen, daß wir mit den grundlegenden, hier definierten Überzeugungen ihnen die erhoffte Perspektive des Wechsels anbieten können.

Unser Ehrgeiz, einigend zu wirken und zu siegen, wird hierdurch nur verstärkt und unsere Entschiedenheit nur vergrößert, alles notwendige zu tun, um am kommenden ersten Juni den Sieg der Kräfte der Linken, des Fortschritts und der Umweltbewegung zu gewährleisten und so die Hoffnungen unseres Volks zu erfüllen.

## **„Mächte mit weltweiten Pflichten“**

### **Gemeinsame amerikanisch-russische Erklärung zur europäischen Sicherheit, verabschiedet beim Gipfeltreffen in Helsinki am 21. März 1997**

(Wortlaut)

Die Präsidenten Clinton und Jelzin erörterten die derzeitige Sicherheitslage im euroatlantischen Raum. Sie bekräftigten ihr Engagement für das gemeinsame Ziel, ein stabiles, sicheres, integriertes und ungeteiltes demokratisches Europa aufzubauen. Die Rolle der Vereinigten Staaten und Rußlands als Mächte mit weltweiten Pflichten stellt an diese Länder die besondere Anforderung, zur Erlangung dieses Ziels eng zusammenzuarbeiten. Die Präsidenten bekräftigten, daß diese Zusammenarbeit im Geist von Offenheit und Pragmatismus stattfinden wird, der in den letzten Jahren charakteristisch für die amerikanisch-russischen Beziehungen gewesen ist.

In Erinnerung an die gemeinsame Erklärung zur europäischen Sicherheit vom Mai 1995 stellten die Präsidenten fest, daß ein dauerhafter Friede in Europa auf der Integration des gesamten Kontinents in einer Reihe sich gegenseitig unterstützender Institutionen und Beziehungen gründen sollte, die gewährleisten, daß es keine erneute Teilung oder Konfrontation geben wird. Keine Institution kann die Sicherheit alleine gewährleisten. Die Präsidenten stimmten überein, daß die Entwicklung von Sicherheitsstrukturen auf eine Art und Weise stattfinden sollte, die keinen Staat bedroht und das Ziel des Aufbaus eines stabileren und integrierten Europas fördert. Diese Evolution soll auf einer umfassenden Verpflichtung zu den